Nummer 291

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Donnerstag, 25. Juni 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juni 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone"

Chamberlains Bericht über den Sicherheitspakt.

Die Einigkeit innerhalb des britischen Kabinetts. — Macdonalds Zusagen an Frankreich. — Gegen die Isolierungs-Politiker. — Frankreichs „Rechte" im Osten Deutschlands.

London, 24. Juni.

Das Unterhaus war in Erwartung der heutigen wichtigen Debatte über den Sicherheitspakt dicht besetzt. Die Debatte über die Vorschläge des Foreign Office eröffnend, erklärte Chamberlain, er wünsche vorher eine Bemerkung zu machen. Es sei für ihn unmöglich gewesen, die Andeutungen zu übergehen, die gemacht worden seien, daß der Staatssekretär des Aeußern eine eigene persönliche Politik verfolge, die nicht die volle Zustimmung oder Billigung seiner Kollegen habe. Es sei anscheinend angedeutet worden, daß er der Atmosphäre in Genf zum Opfer gefallen sei und, den verführerischen Lippen Briands erliegend, eine eigene persönliche Politik verfolgt und ohne die Zustimmung seiner Kollegen die britische Regierung zu einer Haltung verpflichtet habe, die nicht ihre vorherige Zustimmung erhalten hätte. Er zögere nicht, zu sagen, daß ein solcher Gedanke der reinste Unsinn sei. Kein auswärtiger Minister könnte, wenn er wollte, oder würde, wenn er könnte, eine solche persönliche Verantwortung übernehmen. Jede Zeile Material, die in dem Weißbuch erschienen sei, sei von seinen Kollegen sorgfältig geprüft worden, und **jedes Wort, das er geschrieben habe, habe die Zustimmung des Premierministers und die Bestätigung des Kabinetts erhalten.** Es sei natürlich, daß es die Politik eines einigen Kabinetts sei, aber dies sei nicht genug.

Chamberlain sagte weiter, Lloyd George habe, als er Premierminister war, dieses Ziel mit derselben Beharrlichkeit verfolgt, wie die Regierung es jetzt verfolge. Lloyd George habe versucht,

die Grundlagen dafür zuerst in dem englisch-amerikanischen Garantievertrag zu legen, der jedoch scheiterte,

als die Vereinigten Staaten es ablehnten, ihn zu ratifizieren und dann in Cannes durch einen britischen Garantiepakt, der infolge politischer Episoden in einem anderen Lande scheiterte. Lloyd George habe auf dieses Ziel hingearbeitet, es sei ihm jedoch nicht beschieden gewesen, als er Premierminister war, diese Pläne zum Abschluß zu bringen, obgleich er (Chamberlain), bei beiden Gelegenheiten als Mitglied der Regierung Lloyd Georges den Methoden, die dieser anwandte, jedesmal voll zugestimmt habe. Diese Methoden seien jedoch nicht länger möglich oder für die britische Regierung annehmbar.

Sie seien die Methoden eines Garantiepaktes unter den Alliierten gewesen, der gegen Deutschland in gewissen Fällen gerichtet war.

Ein solcher einseitiger Pakt könne jetzt von einer britischen Regierung nicht angenommen werden. Bündnisse, die gegen eine dritte Partei gerichtet sind, welche von ihnen ausgeschlossen ist, würden oder könnten jetzt die Grundlage einer britischen Politik nicht bilden. Aber das Ziel, die Versicherungen und Erklärungen, die Lloyd George im Namen der britischen Regierung gemacht habe, blieben unverändert bestehen und erforderten Erfüllung und Vervollständigung.

Chamberlain fuhr fort, er brauche sich nicht im einzelnen mit der unionistischen Regierung zu befassen, deren Aufgabe es war, den Dawesausschuß ins Leben zu rufen, und die die Konferenz vorbereitete, welche unter den Auspizien Ramsay Macdonalds stattfand. Macdonald habe das dringlichste Problem der europäischen Unruhe, nämlich das Problem der Reparationen, in Angriff genommen und es sei ihm gelungen, es zu einer befriedigenden Lösung zu bringen. Macdonald habe Erfolg erzielt im engen und freundschaftlichen Zusammenarbeiten mit der französischen Regierung und den übrigen Ländern und in Konferenzen mit Deutschland. Macdonald habe jedoch diese französische Mitwirkung erhalten auf Grund der Versicherung, die er gegeben habe, daß die britische Regierung bereit sei, nachdem dieses Problem einmal aus dem Wege geräumt sei, zur Erwägung der Sicherheitsfrage überzugehen und zu sehen, wie die Sicherheit geschaffen werden könne. Macdonald habe versucht, diese Zusage mittels des Protokolls zu erfüllen.

Das Protokoll sei niemals von der französischen Regierung als volle Erfüllung der von Macdonald gegebenen Zusage angesehen worden, sondern nur als Abschlagszahlung darauf.

Chamberlain führte hierauf eine Stelle aus Herriots Rede in der französischen Kammer vom 18. Juni an und fügte hinzu, daß nach Ansicht der vormaligen französischen Regierung, die über das Protokoll verhandelte, dieses Protokoll an sich nicht die Lösung der Sicherheitsfrage war, sondern nur ein Schritt auf dem Wege zu einer solchen Lösung, die die bereits bestehenden Teilabkommen und Sonderbündnisse unverändert lassen wollte, und sie durch weitere Abkommen gleichen Charakters ergänzen sollte, in der Erwartung, daß England daran teilnehmen würde. Dieses Protokoll sei für die jetzige britische Regierung unannehmbar gewesen und sie habe sich darin in Uebereinstimmung mit dem gesamten britischen Reich befunden. Weder irgendein Dominion noch Indien sei bereit gewesen, das Protokoll zu ratifizieren, und die Weigerung der britischen Regierung, dies zu tun, habe die Sympathien und die Unterstützung der Dominions genossen.

Chamberlain fuhr fort, es sei die Frage gestellt worden, weshalb man die Dinge nicht sich selbst überlassen und

zur Isolierung übergehen könne.

Es werde erklärt, die völlige Beibehaltung der britischen Unabhängigkeit unter allen Umständen und die Enthaltung von allen Verpflichtungen sei die wahre Politik für das britische Reich und für Großbritannien. Er wolle die Erwägungen mitteilen, die ihn zu einem anderen Schlusse führten. In erster Linie habe das Abseitsstehen des britischen Reiches und Großbritanniens, insbesondere von europäischen Angelegenheiten, niemals den Interessen des Friedens gedient, und wenn die Geschichte Englands irgend eine Wahrheit gelehrt habe, würde dieses Abseitsstehen auch niemals den Interessen des Friedens dienen.

Das direkte Ergebnis des Nichtzustandekommens des englisch-amerikanischen Paktes sei der Abschluß jener Bündnisse zwischen Frankreich und den östlichen Staaten gewesen,

die so zahlreiche Mitglieder der Liberalen und der Arbeiterpartei beschäftigt und besorgt gemacht hätten. Zweitens sei keine Nation heute isoliert oder könne sich isolieren. Er wolle nicht sagen, daß niemals wieder irgend ein kleiner Krieg oder Kampf stattfinden könne, der sich auf ein kleines Gebiet und auf eine Auseinandersetzung zwischen nur einigen wenigen Nationen beschränke. Aber das sage er,

daß alles, was ernstlich den Frieden Europas berühre, unter den heutigen Verhältnissen der Welt etwas sei, was jede Nation, ganz abgesehen davon, ob sie Krieg führe oder nicht, berühre und berühren könne.

Großbritannien und das britische Reich hätten nicht nur Verpflichtungen aus dem Völkerbund, sondern besonders Verpflichtungen und Rechte aus dem Versailler Vertrag.

Chamberlain erklärte weiter, **ein Sicherheitsvertrag, in dem nicht Deutschland als gleichberechtigter Staat einbegriffen sei, würde nicht nur eine unerträgliche Lage schaffen, sondern auch binnen kürzester Zeit einen neuen Krieg heraufbeschwören.** Andererseits sei ein Vertrag für Großbritannien nur dann annehmbar, wenn sich die Verpflichtungen Großbritanniens ausschließlich auf die Sicherheit der deutsch-französischen und der deutsch-belgischen Grenzen beschränke.

Für die Ostgrenzen trage Frankreich die Verantwortung. Daher sei auch Frankreich das Recht zugestanden worden, einen Angriff auf einen ihrer östlichen Verbündeten als Angriff auf Frankreich zu betrachten.

In solchem Falle erwüchsen jedoch Großbritannien keinerlei Verpflichtungen. Vor allem sei der Sicherheitspakt ein großer Schritt zur allgemeinen Entwaffnung, da er das Mißtrauen der europäischen Staaten zu einander verringere.

Er könne sagen, fuhr Chamberlain fort, daß Deutschland durch seine offenen und mutigen Vorschläge eine neue und vielleicht auch die einzige Möglichkeit zur Erhaltung des Weltfriedens geschaffen habe. Auch Frankreich habe sich zu den deutschen Vorschlägen durchaus freundschaftlich gestellt. Zwischen der britischen und der französischen Regierung herrsche volles Einvernehmen. Auch die britische Regierung sei der Auffassung, daß Deutschland zum mindesten gleichzeitig mit dem Abschluß eines derartigen Vertrages dem Völkerbunde beitreten müsse.

Der gute Wille Deutschlands sei nicht anzuzweifeln.

Die Vorschläge böten die besten Aussichten auf einen dauernden Frieden. Wenn jedoch Großbritannien seine Mitarbeit versagen würde, wäre alles vergebens. Daher bitte er das Unterhaus und den Staat um Unterstützung, da es sich heute um die wichtigste Frage einer nationalen Politik handele.

Im weiteren Verlauf seiner Rede erklärte Chamberlain, daß man unter Sicherung der Grenzen und Vorbeugung eines Krieges

keineswegs eine Aenderung irgendwelcher Grenzen verstehen könne.

Verständlicherweise könnten Verträge nicht für alle Zeiten ihrem Zweck entsprechen. Wenn es jedoch in Europa zur Abänderung territorialer Abmachungen kommen sollte, könne das lediglich auf zwei Arten geschehen und zwar entweder auf Grund des Artikels 19 des Völkerbundsvertrages über Landesgrenzen, die mit der Zeit unhaltbar geworden sind, oder durch einen

Anschluß Oesterreichs an Deutschland,

der nur auf Grund des Artikels 80 des Versailler Vertrages erwogen werden könnte. Die zweite Möglichkeit, meinte Chamberlain, werde heute noch von keiner Regierung für aktuell angesehen. Wer jedoch gegenwärtig die Grenzfrage aufwerfen wollte, würde damit nicht dem Frieden und dem Wiederaufbau Europas dienen.

Die Rede Chamberlains, die nur durch einen Zwischenruf Lloyd Georges unterbrochen wurde, fand ungeteilten Beifall bei der Regierungspartei, begegnete aber bei der Opposition eisigem Schweigen.

Macdonald sprach unmittelbar nach Chamberlain. Er erklärte, es handle sich bei den Ausführungen Chamberlains nicht um Prinzipien, sondern um eine feststehende Lage. **Wenn England die westliche Grenze garantiere, so könne das gleichbedeutend sein mit einer Kriegsgarantie.** Diese Behauptung suchte Macdonald an Hand konkreter Kriegsmöglichkeiten zu beweisen, u. a. mit der Eventualität eines russisch-polnischen Krieges, bei dem die Neutralität Deutschlands verletzt würde.

Französische Erläuterungen zum Sicherheitsvorschlag.

Nicht mehr „Sicherheitspakt", sondern „Vertrag gegenseitiger Garantien".

London, 24. Juni.

Reuter meldet, daß die französische Regierung in Beantwortung von Anfragen der deutschen Regierung Erläuterungen zu der französischen Note über den vorgeschlagenen Sicherheitsvertrag gegeben habe. Diese Erläuterungen seien nicht zahlreich und offenbar nicht von weittragender Bedeutung. Sie seien der britischen Regierung mitgeteilt worden.

Reuter fügt hinzu, daß jetzt in der offiziellen Sprache nicht mehr von einem Sicherheitspakt, sondern von einem „Vertrag gegenseitiger Garantien" die Rede ist, da das Wort Pakt in Frankreich eine besondere Bedeutung im Zusammenhang mit dem Völkerbundspakt besitze.

Gegen Falschmeldungen über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 24. Juni.

Ueber den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen werden Nachrichten verbreitet, die geeignet sind, Verwirrung hervorzurufen. So berichtet das Organ Millerands, der „Avenir", Handelsminister Chaumét habe am Montag abend in der mit Staatssekretär Dr. Trendelenburg geführten Unterredung eine kategorische Sprache geführt. Das Blatt behauptet auch, daß die Unterredung einen sehr lebhaften Verlauf genommen habe. Das Organ Loucheurs, das „Petit Journal", glaubt heute vormittag das Verhalten der deutschen Delegation wieder einmal auf politische Motive zurückführen zu sollen, gerade als ob deutscherseits der Versuch gemacht würde, ein Entgegenkommen bei den Wirtschaftsverhandlungen als Austauschmünze für die politischen Verhandlungen, die vielleicht in der nächsten Zeit in ein akutes Stadium treten könnten, zu benutzen.

Auf Grund der Nachfrage ist der Pariser Vertreter des W. T. B. in der Lage, alle diese Meldungen, die offenbar nur den Zweck haben, die deutsche Wirtschaftsdelegation ins Unrecht zu setzen, zu dementieren. Die Verhandlungen sind am Montag abend von deutscher und französischer Seite aus so geführt worden, daß man behaupten kann, der ernste Wille, zu einer Verständigung zu gelangen, habe die Aussprache beherrscht. Die Fortsetzung der Verhandlungen, die nicht lange auf sich warten lassen wird, wird im übrigen den Beweis hierfür erbringen.

Wie übrigen von zuständiger Seite besonders betont wird, beschäftigt sich die deutsche Delegation augenblicklich nicht mehr mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge, sondern mit einer Stellungnahme zum französischen Zolltarif, wie dies in der letzten Sitzung zwischen Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumet vereinbart wurde.

Internationale Handelskammer-Tagung.

Brüssel, 24. Juni.

Die Finanzgruppe des internationalen Handelskammertages, die sich heute morgen versammelte, erörterte die Vereinheitlichung der Gesetze über den Scheckverkehr. Es sei notwendig, die nationalen Gesetze darüber zu vereinheitlichen, und zu diesem Zweck wurde eine internationale Konferenz auf der Grundlage des Haager Abkommens vom Jahre 1912 zusammenberufen.

Die Verkehrsgruppe behandelte die Eisenbahnfrachten, den internationalen Eisenbahnverkehr, den internationalen Warenverkehr usw. Die Gruppe Gewerbe und Handel beschäftigte sich mit den Verbesserungen des Exequatur-Regimes und mit der internationalen Ausdehnung der Wirkungen der Konkurserklärung.

Der Kampf um die Zölle

Wenn die Sozialisten und ein Teil der Demokraten nicht auf die alten Schlagwörter von Brotwucher und Freihandel eingeschworen wären und wenn sie sich Rechenschaft davon gäben, daß die Weltwirtschaft und die deutsche Wirtschaft sich heute in einer anderen Lage befinden als 1902, dann würden die gestern begonnenen Reichstagsdebatten über die kleine Zollvorlage mit ihrem Zollschutz für die Industrie und die Landwirtschaft erheblich kürzer sein, und man würde auch keine Drohungen mit Generalstreik und Massenmobilisierung von der äußersten Linken hören. Aber die Partei-Interessen verlangen Kampfparolen gegen die das Kabinett Luther stützenden Parteien. Und deshalb mußte sich der Sozialdemokrat Wissel gestern im Reichstag „flammend" entrüstet zeigen. Was sollte aus der Sozialdemokratie werden, wenn sie nicht einmal mehr gegen die Großagrarier hetzen könnte.

Jedoch an dem entschlossenen Willen der Regierungsmehrheit, den Zolltarif noch vor den Sommerferien zu verabschieden, wird das sozialdemokratische Manöver scheitern. Heute wird die erste Lesung der Zolltarifvorlage zu Ende geführt und dann werden sofort die Ausschußberatungen erfolgen.

Von ihrem Entschluß, zusammen zu bleiben und praktische Arbeit zu leisten, hat die Regierungsmehrheit auch noch in einem zweiten Falle Zeugnis abgelegt. Im Steuerausschuß war die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer abgelehnt worden, weil auch die Wirtschaftspartei und die Völkischen mit den Sozialdemokraten, den Demokraten und den Kommunisten gestimmt hatten. Aber unmittelbar danach einigten sich die im Kabinett vertretenen Parteien mit der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Völkischen zu einem Kompromiß, wonach nur die Zigarettensteuer erhöht wird, aber nicht die auf Tabak und Zigarren, und die Biersteuer nur um die Hälfte des von der Regierung verlangten Satzes heraufgesetzt werden soll. Dieses Kompromiß wird als Initiativantrag der Parteien in die Erscheinung treten.

Während im Sitzungssaal bei mäßiger Besetzung die Reden im allgemeinen ruhig dahin plätscherten, gingen in der Wandelhalle die Wogen der Erregung hoch.

Die Interessenten der Aufwertung hatten starke Deputationen geschickt, und diese verhandelten und rechteten mit den Volksvertretern teilweise in außerordentlich leidenschaftlicher Weise. Man konnte Redewendungen hören wie die, daß die Enttäuschten sich von den bürgerlichen Parteien abwenden und direkt Kommunisten werden würden. Die Leidenschaften sind eben auf das höchste gereizt, und man kann im Interesse unserer schwer bepackten Wirtschaft nur abermals den Wunsch aussprechen, daß Regierung und Reichstag klaren Kopf behalten. Jedenfalls ist es Zeit, daß mit der Aufwertungsfrage ein Ende gemacht wird.

(Sitzungsbericht Seite 2.)

Sthamer bei Chamberlain.

EP **London**, 24. Juni.

Der deutsche Botschafter Dr. Sthamer hatte heute eine längere Unterredung mit Chamberlain über die Sicherheitsfrage.